

Niederschrift

über die öffentliche Sitzung des Stadtrates
am Montag, den 05.10.2020 um 14:30 Uhr
Festhalle Pirmasens, Volksgartenstraße

Gesetzliche Mitgliederanzahl	45
Anwesend sind	41

Und zwar

Vorsitzender

Herr Markus Zwick

(außer TOP 6.3 und 6.6)

Beigeordnete

Herr Michael Maas

Mitglieder

Herr Jürgen Bachert

Herr Florian Bilic

Herr Tapani Braun

Frau Edeltraut Buser-Hussong

Herr Dieter Clauer

Herr Maurice Croissant

Herr Wolfgang Deny

Herr Dr. Florian Dreifus

Frau Ulla Eder

Herr Frank Eschrich

Frau Stefanie Eyrisch

Frau Katja Faroß-Göller

Frau Brigitte Freihold

Herr Frank Fremgen

Herr Jürgen Hartmann

Herr Thomas Heil

Herr Gerhard Hussong

Frau Heidi Kiefer

Herr Florian Kircher

Herr Hartmut Kling

Frau Helga Knerr

Frau Susanne Krekeler

Frau Brigitte Linse

Frau Gabriele Mangold

Herr Dr. Bernhard Matheis

Herr Ralf Müller

Frau Uschi Riehmer

Herr Philipp Scheidel

Frau Sabine Schunk

Herr Stefan Sefrin

Herr Tobias Semmet
Frau Annette Sheriff
Herr Berthold Stegner
Herr Sebastian Tilly
Herr Manfred Vogel
Herr Ferdinand L. Weber
Herr Erich Weiß
Herr Bastian Welker
Herr Heinrich Wölfling
Frau Regina Zipf

Protokollführung

Frau Anne Vieth

von der Verwaltung

Frau Iris Brandt
Herr Daniel Durm
Frau Simone Heim
Frau Annette Legleitner
Herr Jörg Metzger-Jung
Herr Oliver Minakaran
Herr Andreas Mühlbauer
Frau Stefanie Rothhaar

Zur Sitzung hinzugezogen

Herr Christoph Dörr
Herr Martin Forster

Stadtwerke Pirmasens (TOP 4)
Städtisches Krankenhaus Pirmasens gGmbH
(TOP 6.1-6.2)

Abwesend:

Beigeordnete

Herr Denis Clauer

Mitglieder

Herr Jürgen Meier
Herr Bernd Schwarz
Herr Jürgen Stilgenbauer
Herr Steven Wink

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung um 14.30 Uhr.

Er stellt die form- und fristgerechte Ladung der Ratsmitglieder sowie die Beschlussfähigkeit des Stadtrates fest.

Änderungs- oder Ergänzungswünsche zur Tagesordnung gibt es nicht.

Der Stadtrat beschließt einstimmig die folgende

Tagesordnung:

1. Einwohnerfragestunde (ab 16.00 Uhr)
2. 1. Nachtragshaushaltssatzung und Nachtragshaushaltsplan 2020
3. Gefahrenabwehrverordnung der Stadt Pirmasens
4. Informationen über den Roll-Out E-Ladesäulen in der Stadt Pirmasens
5. Vorstellung der Gleichstellungsbeauftragten
6. Vollzug des § 88 Abs. 1 GemO; Weisung an den Vertreter der Stadt in der Gesellschafterversammlung der
 - 6.1. Städtisches Krankenhaus Pirmasens gGmbH
 - 6.1.1. Feststellung des Jahresabschlusses 2019
 - 6.1.2. Entlastung der Geschäftsführung für das Geschäftsjahr 2019
 - 6.2. Medizinisches Versorgungszentrum Städtisches Krankenhaus Pirmasens gGmbH (MVZ gGmbH)
 - 6.2.1. Feststellung des Jahresabschlusses 2019
 - 6.2.2. Entlastung der Geschäftsführung für das Geschäftsjahr 2019
 - 6.3. Entlastung der Aufsichtsräte für das Geschäftsjahr 2019
 - 6.3.1. Städtisches Krankenhaus Pirmasens gGmbH
 - 6.3.2. Medizinisches Versorgungszentrum Städtisches Krankenhaus Pirmasens gGmbH (MVZ gGmbH)
 - 6.4. "Der Rheinberger" Besitzgesellschaft mbH & Co. KG
 - 6.4.1. Feststellung des Jahresabschlusses 2019
 - 6.4.2. Änderung des Gesellschaftsvertrages
 - 6.5. "Der Rheinberger" Verwaltungs GmbH
 - 6.5.1. Feststellung des Jahresabschlusses 2019
 - 6.6. Entlastung der Geschäftsführungen und der Aufsichtsräte für das Geschäftsjahr 2019
 - 6.6.1. Der "Rheinberger" Besitzgesellschaft mbH & Co. KG
 - 6.6.2. Der "Rheinberger" Verwaltungs GmbH
 - 6.7. Stadtwerke Pirmasens

6.7.1. Bestellung der Abschlussprüfer für die Jahresabschlüsse der Holding GmbH, Versorgungs GmbH, Verkehrs GmbH, Pirmasenser Luft- und Badepark (PLUB) GmbH, Bio-Energie Pirmasens GmbH und Erneuerbare Energien Pirmasens GmbH

7. Neuaufnahme eines Kommunaldarlehens für den Sonderhaushalt Abwasserbeseitigung
8. Auftragsvergabe
 - 8.1. Tiefbauliche Arbeiten zur Erneuerung der Straßenbeleuchtung in der Großgasse
9. Anträge der Fraktionen
 - 9.1. Antrag der CDU-Stadtratsfraktion vom 23.09.2020 bzgl. "Resolution des Rates der Stadt Pirmasens - Verkaufsoffene Sonntage"
 - 9.2. Antrag der SPD-Stadtratsfraktion vom 26.09.2020 bzgl. "Strom vom Dach - flächendeckende Solaranlagen auf öffentlichen Gebäuden"
 - 9.3. Antrag der SPD-Stadtratsfraktion vom 26.09.2020 bzgl. "Neuffervilla wieder nutzen"
 - 9.4. Antrag der Stadtratsfraktion Bündnis90 / Die Grünen vom 26.09.2020 bzgl. "Verbesserung der Sicherheit auf Radwegen in Pirmasens"
10. Beantwortung von Anfragen, Informationen, Anfragen der Ratsmitglieder

zu 1 Einwohnerfragestunde (ab 16.00 Uhr)

Der Vorsitzende eröffnet die Einwohnerfragestunde um 16.00 Uhr. Da keine Anfragen vorliegen, schließt er diese wieder.

zu 2 1. Nachtragshaushaltssatzung und Nachtragshaushaltsplan 2020 Vorlage: 1055/II/20.1/2020

Der Vorsitzende bezieht sich auf die allen Ratsmitgliedern mit der Ladung übersandte Beschlussvorlage der Finanzen vom 09.09.2020.

Der Vorsitzende verliest die Nachtragshaushaltsrede.

“Sehr geehrte Damen und Herren,

vor Ihnen liegt der erste Nachtragshaushalt für das Jahr 2020. Covid 19 hat auch in der Haushaltsplanung der Stadt Pirmasens leider seine Spuren hinterlassen.

Bei Aufwendungen von rd. 159,8 Mio. Euro und Erträgen von 140,6 Mio. Euro erhöht sich das Defizit im laufenden Jahr um 2,1 Mio. Euro auf nunmehr 19,2 Mio. Euro.

Den größten Einbruch haben wir bei den Gewerbesteureinnahmen zu verzeichnen. Hier rechnen wir bis zum Jahresende mit einem Minus von rd. 5 Mio. Euro. Die Kompensationszahlungen von Bund und Land decken leider nur einen Teil davon. Nach dem Stand der derzeitigen Berechnungen – die allerdings noch nicht endgültig sind, da die Entwicklungen bis zum 30.09.2020 noch berücksichtigt werden muss und der Verteilungsschlüssel bis dato noch nicht feststeht – rechnen wir mit einem voraussichtlichen Ausgleich von rd. 3 Mio. Euro. Die Versprechungen und Zusagen der Bundes- Landesregierung bleibt damit um 2 Mio. Euro hinter den bisherigen Verkündigungen in den Medien zurück.

Den endgültigen Betrag kann ich Ihnen leider erst nennen, wenn die Mitteilung der Aufsichtsbehörde über die genauen Verteilungsquoten vorliegt. Erst stehen insgesamt 412 Mio. Euro für Rheinland-Pfalz zu Verfügung und es kommt bei der Ermittlung der jeweiligen Anteile darauf an, wie sich die Gewerbesteureinbrüche bei den restlichen Kommunen darstellen.

Aufgrund der letzten Steuerschätzung müssen wir bei dem Gemeindeanteilen an der Umsatz- und Einkommenssteuer mit Mindereinnahmen von knapp 1,7 Mio. Euro rechnen.

Negative Prognosen gibt es auch bei den Schlüsselzuweisungen. Um rd. 81.000 Euro vermindert sich die Schlüsselzuweisung B 2, insgesamt in etwa gleicher Höhe auch die Schlüsselzuweisungen C2 und C3.

Die Bezirksverbandsumlage wurde erhöht und somit steigt der von uns zu leistende Betrag um 44.000 Euro.

Pandemiebedingt waren die Spielhallen rd. zwei Monate geschlossen, was zu Ausfällen im Bereich der Vergnügungssteuer von 300.000 Euro geführt hat.

Nachdem die Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion Trier (ADD) eine Einsparung von 556.000 € im Bereich der freiwilligen Leistungen in der Haushaltsgenehmigung zu diesem Haushalt vorgegeben hat, wurde der Teilbetrag von 433.000 Euro dem Budget 2020 für die Messe GmbH entzogen. Um einen weiteren Einsparungsbetrag von 105.000 Euro wurde das

Budget Kultur und Stadtmarketing vermindert. Der noch fehlende Restbetrag von 18.000€ konnte über Einsparungen im Personalkostenbereich gedeckt werden, da sich pandemiebedingt die Kosten dort verringert hatten.

Wegen Rückzahlungen im Bereich Gewerbesteuer musste ein ehrbedarf an Zinsen von rd. 130.000 Euro eingeplant werden. Nach dem ergangenen Urteil in Sachen Streckbrücke waren Zinszahlungen in Höhe von 320.000 Euro fällig. Der Betrag wurde bereits im Rahmen einer Eilentscheidung im Juni dieses Jahres zur Verfügung gestellt und über das Budget "Liquiditätszinsen" zwischenfinanziert. Jedoch werden diese Mittel bis Jahresende noch benötigt, so dass eine Veranschlagung im Nachtrag erforderlich war.

Nachdem im Rahmen des Kommunalen Entschuldungsfonds eine nachträgliche Korrektur des Bestandes der Liquiditätskredite vorgenommen werden musste, vermindert sich die jährliche Zuweisung um rd. 130.000 Euro.

Zum Ausgleich der besonderen Belastungen aufgrund der Pandemie hat das Land eine einmalige Sonderzahlung an die Kommunen geleistet. Die Stadt Pirmasens hat einen Betrag von 25€ je Einwohner, also rd. 1.005.000 Euro als Soforthilfe erhalten, der ebenfalls im Nachtragshaushalt ausgewiesen wurde. Die Ausgaben hierzu wurden über verschiedene Budgets verteilt, wie beispielsweise Zivil- und Katastrophenschutz, Zentrale Dienste, Allgemeine Schulverwaltung, städt. Kindergarten und Krippen und Gebäudemanagement. Es wurden bislang im Wesentlichen Mundschutzmasken und Desinfektionsmittel angeschafft sowie Ausgaben für die Infektambulanz geleistet.

Für ein Gutachten zum Thema "Kommunale Finanzen" sind 30.000 Euro veranschlagt. Hierbei sollen die Zusammenhänge zwischen der Erhöhung der Hebesätze der Realsteuer sowie der Verschuldung der kommunalen Haushalte beleuchtet werden. Ich habe der Aufsichtsbehörde angeboten, sich aktiv in das Verfahren einzubringen. Eine Rückmeldung in den nächsten Wochen wurde mir zu gesagt.

Bei den Zuwendungen für Sportanlagen haben wir festgestellt, dass von den Vereinen Fördermittel nicht nur für investive Ausgaben beantragt werden. Um hier künftig auch Zuwendungen für den Erhaltungsaufwand zur Verfügung stellen zu können, wurde ein Betrag von 30.000 Euro in den Ergebnishaushalt des Nachtragsplans eingestellt.

Das Budget des Sozialamtes verbessert sich um insgesamt 200.000 Euro, beim Jugendamt erhöht sich das Defizit um rd. 500.000 Euro. Insgesamt verzeichnet das Amt für Jugend. Und Soziales somit eine Verschlechterung von 300.000 Euro, die sich im Einzelfall wie folgt darstellt:

Bei den Hilfen für Asylbewerber konnten die Ausgaben aufgrund sinkender Fallzahlen rd. 400.000 Euro reduziert werden. Demgegenüber weist die Hilfe zur Pflege Fallzahlensteigerungen sowie gestiegene Tagessätze aus, was zu einem Mehrbedarf von 300.000 Euro führt. Durch die Änderung des Bundesteilhabegesetzes erhält die Stadt höhere Einnahmen von 100.000 Euro bei der Eingliederungshilfe.

Höhere Fallzahlen bei der Hilfe zur Erziehung schlagen mit 600.000 Euro zu Buche. Auch die vermehrte Inobhutnahmen machen eine Aufstockung der Mittel um 50.000 Euro erforderlich. Aufgrund mehrerer neuer Fälle im Bereich Unterhaltsvorschuss steigen die Ausgaben um 38.000 Euro. Bei den Hilfen für junge Volljährige und bei der Förderung der Erziehung in der Familie gehen die Fallzahlen zurück, so dass etwa 150.000 Euro eingespart werden können.

Erfreulich ist die Steigerung der Kostenbeteiligung des Bundes an den Kosten der Unterkunft auf 81,2 %. Dadurch werden Mehreinnahmen von rd. 3,1 Mio. Euro erzielt.

Bei der Veranschlagung im Haushalt sind wir noch von einem Prozentsatz von 77,9 % ausgegangen und damit verbundenen Mehreinnahmen von 2,7 Mio. Euro.

Aufgrund der Interkommunalen Zusammenarbeit mit der Kreisverwaltung Südwestpfalz sind Mittel für die Digitalisierung der Zulassungsakte sowie Unkosten in Höhe von 15.000 Euro einzustellen.

Das Schulverwaltungsamt benötigt für die Gigabit-Anbindung der weiterführenden Schulen rd. 54.000 Euro.

Die Digitalisierung in der Verwaltung schreitet ebenfalls voran. Für die Einführung der e-Akte ist die Aufstockung des Budgets des Hauptamts um 116.000 Euro notwendig.

Das sind die wesentlichen Posten des Ergebnishaushaltes und ich komme nun zum Finanzhaushalt.

Das Volumen der Investitionen wurde um 605.00 Euro vermindert und liegt nun bei 26,6 Euro.

Bei der Gebührenkasse des Ordnungsamtes muss ein Softwareupgrade erfolgen, damit die Anforderungen der Kassensicherheit weiterhin erfüllt sind. Die Kosten liegen bei 14.000 Euro.

Der Kostenvoranschlag für die Halle der SEG.-Einheit war schon im Jahr 2019 angepasst worden. Der noch fehlende Restbetrag von 370.000 Euro für die Kostenerhöhung muss nun bereitgestellt werden. In Abstimmung mit der ADD wurde zwischenzeitlich ein weiterer Zuschussantrag für die im Zuge der Baumaßnahme entstandenen Mehrkosten gestellt.

Derzeit liegt allerdings noch kein entsprechender Bewilligungsbescheid vor.

Für die Einrichtung in den städtischen Kindergärten wurden 60.000 Euro veranschlagt. Davon sollen in den Kitas in Niedersimten und Windsberg neue Küchen angeschafft werden. Diese Kosten werden aufgrund des neuen Kita-Gesetzes erforderlich.

Damit schließe ich meine Ausführungen zum Finanzhaushalt und bin am Ende meiner Erläuterungen zum Nachtragshaushalt 2020 angelangt.

In der Sitzung des Hauptausschusses am 21.09.2020 wurde der Nachtragshaushalt vorgestellt.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit und stelle den Nachtragshaushalt 2020 zur Abstimmung."

Ratsmitglied Eschrich verliest Nachtragshaushaltsrede der Stadtratsfraktion DIE LINKE - PARTEI.

"Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Zwick,

sehr geehrte Damen und Herren,

im Jahr 1992 waren die Kommunen bundesweit umgerechnet mit 1,4 Milliarden Euro verschuldet, Anfang 2015 waren es schon über 51 Milliarden Euro, im Jahr 2020 werden Kassenkredite von über 70 Milliarden Euro erwartet. Die Verschuldung der Kommunen verzeichnet einen exponentiellen Anstieg, der seines gleichen sucht. Schaut man etwas näher hin, wird eine extreme Ungleichentwicklung zwischen wirtschaftlich starken und schwachen

Kommunen deutlich. Dies widerspricht Artikel 72 des Grundgesetzes, der die Herstellung gleicher Lebensverhältnisse im Bundesgebiet fordert. Überschuldete Kommunen wie Pirmasens haben ihren Bürgerinnen und Bürgern wenig zu bieten, nicht annähernd auf dem Niveau, was reiche Städte und Gemeinden für gute Lebensverhältnisse ihrer Bürgerinnen und Bürger ausgeben können. Artikel 28 des Grundgesetzes widersprechen die Hinnahme einer Schuldenlast von 430 Millionen Euro zum Ende des Haushaltsjahres 2021 und die damit verbundenen Restriktionen für die Haushaltsführung. Die kommunale Selbstverwaltung, z.B. die Entscheidungshoheit des Stadtrates über die Verwendung der Gelder, ist damit abgeschafft. Der Kerngedanke des Grundgesetzes, die Würde des Menschen, hängt zumindest theoretisch, nicht ausschließlich von den finanziellen Verhältnissen ab, im real existierenden Kapitalismus schon eher. Im Jahr 2020 leben 22 Prozent oder 2,8 Millionen Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren in der Bundesrepublik in Armut oder sind von Armut bedroht, davon 1800 in Pirmasens. Es ist mit der Würde dieser Kinder unvereinbar, dass ihre Chancen auf ein gutes und selbstbestimmtes Leben gegen Null tendieren, weil sie in materieller Not aufwachsen und ihnen vieles nicht zur Verfügung steht, was für andere selbstverständlich ist. Die Schere zwischen Arm und Reich hat sich in den vergangenen 10 Jahren des wirtschaftlichen Wachstums nicht etwa geschlossen, sondern ist weiter geworden. Das ist schändlich und gilt im übertragenen Sinn auch für die finanzielle Situation von Kommunen wie der Stadt Pirmasens. Pirmasens gehört zu den ärmsten Kindern in der großen Hartz-IV-Familie der verschuldeten Kommunen. Und genau wie beim Jobcenter werden die Schulden nicht als Bedarf anerkannt, obwohl sie aus Pflichtausgaben resultieren. Stattdessen sollen die Schulden mit weiteren Streichungen der ohnehin dürtigen freiwilligen Leistungen abgetragen werden.

Es ließen sich noch mehr Grundlagen dieses Staates und dieser Gesellschaft aufführen, gegen die permanent und bewusst verstoßen wird, indem Haushalte wie der vorliegende politisch hingenommen und behördlich genehmigt werden. Die politisch verursachte Überschuldung der Städte und Landkreise ist ein fortgesetzter Verfassungsbruch, der letztendlich zu Lasten derer geht, die auf einen funktionierenden Sozialstaat und die kommunale Daseinsfürsorge angewiesen sind. Die Besserverdiener, Vermögensmillionäre und politischen Eliten berührt das persönlich weniger. Sie brauchen tatsächlich keinen Staat, sondern kaufen sich einfach zusammen, was sie brauchen. Und an diesen Machtverhältnissen soll sich auch nicht wirklich etwas ändern, dafür müsste man den Pelz ja nass machen, den man wäscht. Nicht durch zielführende und notwendigerweise radikale Maßnahmen, sondern einfacherweise per Pressemitteilung wurde der Pirmasenser Schuldenberg deshalb abgetragen, die Langzeitarbeitslosen in Lohn und Brot gebracht, der Ärztemangel beseitigt und die Innenstadt belebt. Unter dem Strich herausgekommen ist bei all der Papier- und Präsentationsflut bisher wenig bis nichts. Im Wahljahr 2021 wird Pirmasens nun aber ganz bestimmt gerettet, wird ja auch Zeit.

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Zwick,

sehr geehrte Damen und Herren,

wir sollten uns alle noch einmal vergegenwärtigen, dass es nun ernst wird. Die Neuverschuldung steigt um 19 Millionen Euro, die Ausfälle bei der Gewerbesteuer werden nicht, wie angekündigt, kompensiert, sondern nur teilweise gedeckt. Die Erhöhung der Zuschüsse für die Kosten der Unterkunft ist nur eine Erhöhung und eben nicht eine bedarfsgerechte und auskömmliche Finanzierung von sozialen Pflichtaufgaben, die den Kommunen übertragen wurden. Die Corona-Krise ist längst zu einer Finanzkrise geworden, die wie üblich gehandhabt wird: Die Letzten beißen die Hunde. Und mit Verlaub, Herr Oberbürgermeister: Wir können nicht den Verlust der kommunalen Selbstverwaltung beklagen und vor dem Bundesverfassungsgericht für die auskömmliche Finanzierung von sozialen Pflichtaufgaben streiten während wir gleichzeitig willfährig den Anweisungen der ADD folgen. Das ist inkonsequent und unglaublich! Genauso unglaublich ist es, über den Kommunalen Entschuldungsfonds

Schulden abzutragen, von denen man vor dem Verfassungsgericht behauptet, nicht verantwortlich zu sein!

Die Politik hat in erster Linie ein Glaubwürdigkeitsproblem und wer sich die Demonstration der Corona-Leugner in Berlin angeschaut hat, weiß, dass Angst und Unzufriedenheit die irrationalen Bauchgefühle erhitzen und davon ausschließlich Rechtsextreme und Populisten profitieren. Auch das bundesdeutsche „Gut durch die Krise gekommen“ ist nur die halbe Wahrheit, denn unser Krisenmanagement geht zu Lasten anderer, die ungleich schlechtere Voraussetzungen haben und zu Lasten der kommenden Generation. Ein guter Grundsatz von Haushaltspolitikern lautet, man kann nur verteilen, was man hat. Also müssen wir dafür sorgen, dass wir etwas zu verteilen haben und nicht umgekehrt immer weitere Abstriche der Lebensqualität für die Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt genehmigen. Gerade in Krisenzeiten kann dies nur funktionieren, wenn Verteilungsgerechtigkeit hergestellt wird und diejenigen, die es besser verkraften können, mehr zum Allgemeinwohl beitragen. Dies geht im Rechtsstaat nur über eine gerechte Steuerpolitik. Gemacht wird in Berlin und Mainz gerade das Gegenteil.

Für die Stadtratsfraktion DIE LINKE – PARTEI bedeutet dies konkret: Keine Zustimmung zum Nachtragshaushalt und zur Haushaltssatzung, keine Zustimmung für Kürzungen jedweder Art im freiwilligen Bereich, keine Zustimmung für Einschränkungen der kommunalen Daseinsvorsorge und weiterhin keine Zustimmung zur Augenwischerei des Kommunalen Entschuldungsfonds.

Auf der Ausgabenseite wird es weiterhin keine Zustimmung für Bauaufträge geben, die nicht innerhalb einer seriösen Kostenschätzung liegen.

Frank Eschrich, Vorsitzender Stadtratsfraktion DIE LINKE – PARTEI

Ratsmitglied Weber erklärt, aufgrund der mangelnden Unterstützung von Bund und Land werde die AfD-Stadtratsfraktion den Nachtragshaushalt ablehnen.

Ratsmitglied Tilly zeigt auf, eine positive Entwicklung im Nachtragshaushalt sei die Unterstützung durch den Bund in Bezug auf die Kosten der Unterkunft, da durch dies die Soziallast geringer werde. Negativ sei jedoch, dass keine Übernahme der Ausfälle bei der Gewerbesteuer erfolge. Weshalb weiterhin zu hoffen sei, dass der Ausfall der Gewerbesteuer nicht so hoch sei wie angekündigt. Unklarheit bestehe auch bei den Bauvorhaben, da die Kosten die Kostenvoranschläge übersteigen. Die SPD-Stadtratsfraktion könne deshalb dem Nachtragshaushalt nicht zustimmen.

Ratsmitglied Eyrisch erklärt, die Ausmaße der Corona-Pandemie werde man nicht nur im privaten Bereich merken sondern auch am Nachtragshaushalt. Grund hierfür sei die mangelnde Unterstützung von Bund und Land. Das Land habe bis jetzt noch nicht geholfen, die Defizite aufzufangen.

Der Stadtrat beschließt bei 18 Gegenstimmen, mehrheitlich:

Der Stadtrat beschließt die 1. Nachtragshaushaltssatzung 2020 mit Nachtragshaushaltsplan und seinen Anlagen (siehe Anlage 1 zur Niederschrift).

zu 3 Gefahrenabwehrverordnung der Stadt Pirmasens
Vorlage: 1032/III/32/2020

Der Vorsitzende bezieht sich auf die allen Ratsmitgliedern mit der Ladung übersandte Beschlussvorlage des Ordnungsamtes vom 03.07.2020.

Der Stadtrat beschließt einstimmig:

Der Stadtrat stimmt dem Erlass der Gefahrenabwehrverordnung der Stadt Pirmasens (siehe Anlage 2 zur Niederschrift) zu.

zu 4 Informationen über den Roll-Out E-Ladesäulen in der Stadt Pirmasens

Der Vorsitzende teilt mit, 2017 hätten die Planungen für das Projekt begonnen, jedoch seien die E-Ladesäulen nicht überall netzverträglich.

In der Stadt bestünden 130 Möglichkeiten, man habe allerdings 30 priorisiert.

Sodann stellt Herr Dörr anhand einer Beamerpräsentation (siehe Anlage 3 zur Niederschrift) die Ladeinfrastruktur in Pirmasens vor.

Ratsmitglied Dr. Dreifus teilt mit, die geplanten E-Ladesäulen seien begrüßenswert, da die Infrastruktur bisher sehr dünn gewesen sei. Er fragt an, wie teuer Schnellladesäulen seien und ob Kooperationen angedacht seien.

Herr Dörr zeigt auf, die Schnellladesäulen hätten eine Leistung von ca. 50-15 kw und es handele sich um Gleichstrom. Viele Autos liefen jedoch mit Wechselstrom. Mit Kosten von rund 250.000€ sei bei Schnellladesäulen zu rechnen.

Eine Kooperation sei erst ab einer gewissen Stückzahl sinnvoll. Für private Wallboxen bestehe die Möglichkeit, eine Förderung vom Bund zu erhalten.

Ratsmitglied Tilly erklärt, mit Hinblick auf den Verkehrsentwicklungsplan, spiele Elektro eine große Rolle. Er fragt an, wie hoch der Prozentanteil der privaten Wallboxen in der Stadt sei. Des Weiteren fragt er an, ob für private Wallboxen besondere Tarife gelten.

Herr Dörr teilt mit, Frage 1 könne zum jetzigen Zeitpunkt nicht beantwortet werden. Bezüglich der Tarife sei festzustellen, dass bundesweit keine geeichte Software hierfür vorhanden sei und ausschließlich pauschal berechnet werden könne. Nun sei eine Software auf dem Markt, aber die Tarife seien noch nicht vorhanden, diese müssen noch entwickelt werden.

Bürgermeister Maas ergänzt, Bürgerinnen und Bürger sollen diesbezüglich aktiv das Gespräch mit den Stadtwerken suchen.

Ratsmitglied Eschrich fragt an, wie der Netzausbau in Pirmasens im Vergleich zu anderer Kommunen sei.

Herr Dörr erklärt, dies sei schwer einzuschätzen, aber das Netz sei für 70.000 Bewohner ausgelegt.

Ratsmitglied Wölfling fragt an, ob es möglich sei bei der Anmeldung eines neuen Autos auf die Beratung der Stadtwerke hinzuweisen.

Der Vorsitzende sagt eine Prüfung zu.

Ratsmitglied Semmet fragt an, ob an den E-Ladesäulen vereinheitlichte Anschlüsse vorhanden seien oder ob eine Kombination der Anschlüsse möglich sei.

Herr Dörr erklärt, diese seien nicht einheitlich. Der Käufer selbst müsse entscheiden, welcher Anschluss gebraucht werde.

zu 5 Vorstellung der Gleichstellungsbeauftragten

Der Vorsitzende erklärt, in der heutigen Sitzung werde sich die neue Gleichstellungsbeauftragte, Frau Stefanie Rothhaar, vorstellen. Frau Rothhaar sei dann für die interne und externe Gleichstellung zuständig. Eine große Herausforderung sei die externe Gleichstellung, gerade bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie Gewalt im häuslichen Umfeld.

Die Stelle der Gleichstellungsbeauftragten habe einen hohen Stellenwert für den Stadtvorstand.

Sodann stellt sich Frau Rothhaar vor.

“Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, sehr geehrte Stadtratsmitglieder, Danke, dass ich mich hier vorstellen darf. Mein Name ist Stefanie Rothhaar, ich bin 58 Jahre alt, verheiratet, habe drei erwachsene Kinder und inzwischen auch drei Enkelkinder. Ich bin in Eisenberg, im Donnersbergkreis geboren und 1976 mit meiner Ursprungsfamilie nach Pirmasens-Winzeln gezogen. Abitur am Hugo-Ball-Gymnasium, Innenarchitektur-Studium an der FH Trier, Heirat, erstes Kind, Zwischenstopp in Saarbrücken und Heimkehr nach Pirmasens-Winzeln.

Hauptberuflich war ich fast 30 Jahre in der Familienarbeit tätig, habe einige Zeit Teilzeit bei Möbel Martin im Verkauf, auf Minijob-Basis in der Gastronomie und als Lageristin gearbeitet.

Ich bin seit Jahrzehnten in der Landfrauenarbeit engagiert und dort seit über 10 Jahren auch Vorsitzende des Landfrauenvereins Winzeln, spiele im Posaunenchor und versuche derzeit ehrenamtlich ein Strickprojekt im Mittendrin über die Coronazeit zu retten.

2017 bekam ich dann die Chance als Fach- und Koordinierungsstelle der Partnerschaft für Demokratie Pirmasens im Bundesprojekt “Demokratie leben!” halbtags angestellt zu werden. Diese Arbeit habe ich mit viel Herzblut bis zum Ende der Förderperiode gelebt und konnte einige schöne Projekte mitgestalten, wie z.B. ein Leseprojekt für Kinder in der Stadtbücherei, die Pirmasenser Fußballweltmeisterschaft mit Mannschaften aus 8 verschiedenen Ländern und mein Lieblingsprojekt: Die Bärmersenser Babykapp.

Während dieser Zeit entstand im Schulverwaltungsamt Bedarf für die Koordinierung der Schulumzüge, welche ich als Teilzeitbeschäftigte begleiten konnte. Und schwupps- war ich ganztags tätig.

Nach Ablauf der Förderperiode habe ich meine Mitarbeit bei “Demokratie leben!” beendet und bin über einen kleinen Schlenker im Gebäudemanagement der Stadt Pirmasens jetzt bei der Messe Pirmasens GmbH gelandet, wo ich halbtags für die Koordinierung der Bau- und Instandhaltungsmaßnahmen verantwortlich bin .

Wie komme ich jetzt zur Gleichstellungsbeauftragten?

Von "Demokratie leben!" aus der Weg nicht zu weit, aber vom Bauen und Renovieren hierhin...

Das verbindende Element ist das Funktionieren. Genau wie ein Gebäude muss auch Gesellschaft, Verwaltung, Familie und so weiter regelmäßig gewartet, getestet, nachgebessert, renoviert und am Funktionieren gehalten werden. Dieses funktionierende Miteinander ist mir sehr wichtig.

Aus eigener Erfahrung weiß ich, dass Familie und Beruf nicht leicht vereinbar sind, dass nicht alles planbar ist, Katastrophen passieren und eigene Ansprüche und Vorstellungen Wege versperren können. Vieles, was Eltern Beruf und Familie unter einen Hut bringen lässt, ist hier in den letzten Jahren passiert. Aber um im Bild zu bleiben: auch einem Neubau wird irgendwann die erste Reparatur fällig. Vielleicht hat sich der Erbauer manches anders vorgestellt, die Bedingungen haben sich verändert, die Bedarfe auch, es muss nachjustiert werden.

Konkret habe ich mir vorgenommen, mich und natürlich auch andere, die es interessiert auf den aktuellen Sachstand zu bringen. Der Gleichstellungsplan der Stadt Pirmasens wurde 2017 erstellt und gilt bis 2023. Wir haben also gerade Halbzeit. Eine gute Gelegenheit die Zahlen zu aktualisieren und mit den Zielen und aktuellen Gegebenheiten abzugleichen. Ich könnte mir vorstellen, dass da Thema Homeoffice in Verbindung mit Homeschooling einen neuen Stellenwert erhält. Interessant finde ich auch die Frage, warum jemand Teilzeit arbeitet und warum wir z.B. keine männlichen Reinigungskräfte haben.

Das wird das Einstiegsthema innerhalb der Verwaltung sein. Für die Stadt wünsche ich mir den Ausbau der bestehenden Netzwerkarbeit.

Dieses Netz kann nie groß und engmaschig genug sein. Niemand soll durch die Maschen fallen. Hier wird gute Arbeit geleistet und die, die sie leisten, sind es wert, wahrgenommen und unterstützt zu werden. Zusammen mit diesen Netzwerken können gezielt Informations- und Weiterbildungsveranstaltungen durchgeführt werden. Themen wie Altersarmut, Gewalt in der Familie, Weiterbildung als Altersvorsorge, Homeschooling in zwei Zimmer-Küche-Bad, ruhig bleiben in lauten Zeiten. Die Liste lässt sich endlos fortführen. Das sind einige erste Ideen.

Super wäre ein Katalog, in dem alle Vereine, Hilfsorganisationen, Bündnisse und Arbeitskreise erfasst sind.

Die Vernetzung hört natürlich nicht an den Stadtgrenzen auf. "Wie machen's denn die Anderen" ist immer ein guter Weg um neue Ideen und andere Wege kennenzulernen, anzupassen und nachzumachen. Abschreiben war schon in der Schule nicht immer die schlechteste Lösung.

Nun haben Sie einen ersten Eindruck von mir und einen groben Überblick über meine Pläne im Amt der Gleichstellungsbeauftragten erhalten. Ich liebe es, in Gruppen zu arbeiten und bin für Ideen und Anregungen dankbar. Bitte sprechen Sie mit mir und nicht über mich. Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit und bin bereit für ein belebtes Miteinander."

Ratsmitglied Eyrisch erklärt, Frau Rothhaar sei die Richtige für die Stelle der Gleichstellungsbeauftragten, jedoch wünsche sie mehr Transparenz und Öffentlichkeitsarbeit.

Frau Buser-Hussong teilt mit, eine Gleichstellungsbeauftragte sei dringend notwendig für die Verwaltung und für die Stadt. Sie fragt an, ob es zukünftig wieder einen Runden Tisch gebe, mit den jeweiligen Organisatoren. Auch sollten regelmäßige Treffen auch mit maßgeblichen Mitarbeitern von der Stadt Zweibrücken und dem Landkreis stattfinden.

Der Vorsitzende erklärt, Frau Rothhaar müsse sich zuerst in der Rolle der Gleichstellungsbeauftragten einleben.

Frau Freihold begrüßt, dass diese Stelle wieder besetzt sei. Besonders gefreut habe sie sich über das Thema Frauen und Armut. Gegebenenfalls könne Frau Rothhaar beim Thema Angebot der Bildung und Weiterbildung von Frauen unterstützen.

zu 6 Vollzug des § 88 Abs. 1 GemO; Weisung an den Vertreter der Stadt in der Gesellschafterversammlung der

zu 6.1 Städtisches Krankenhaus Pirmasens gGmbH

zu 6.1.1 Feststellung des Jahresabschlusses 2019

Der Vorsitzende bezieht sich auf die allen Ratsmitgliedern mit der Ladung übersandte Beschlussvorlage der Städtisches Krankenhaus Pirmasens gGmbH vom 10.09.2020.

Herr Forster erklärt, der Jahresfehlbetrag belaufe sich auf 630.054,15 €. Dies sei in der Aufsichtsratssitzung im Jahr 2020 kommuniziert worden. Im Gesundheitswesen seien die Grundlagen geändert worden. Dieser veränderte Rahmen wurde von den Prüfern als unsicher angesehen, jedoch seien die Zahlen durch den Jahresabschluss nun sicher. Dieser Jahresfehlbetrag könne aber im Geschäftsjahr 2020 ausgeglichen werden.

Der Stadtrat beschließt einstimmig:

Der Vertreter der Stadt in der Gesellschafterversammlung der Städtisches Krankenhaus Pirmasens gGmbH erhält Weisung, wie folgt zu votieren.

Der Jahresabschluss 2019 der Städtisches Krankenhaus Pirmasens gGmbH wird genehmigt. Der Jahresfehlbetrag in Höhe von € 630.054,15 ist auf neue Rechnung vorzutragen.

zu 6.1.2 Entlastung der Geschäftsführung für das Geschäftsjahr 2019

Der Vorsitzende bezieht sich auf die allen Ratsmitgliedern mit der Ladung übersandte Beschlussvorlage der Städtisches Krankenhaus Pirmasens gGmbH vom 10.09.2020.

Der Stadtrat beschließt einstimmig:

Der Vertreter der Stadt in der Gesellschafterversammlung der Städtisches Krankenhaus Pirmasens gGmbH erhält Weisung, wie folgt zu votieren.

Der Geschäftsführung der Städtisches Krankenhauses Pirmasens gGmbH wird Entlastung für das Geschäftsjahr 2019 erteilt.

zu 6.2 Medizinisches Versorgungszentrum Städtisches Krankenhaus Pirmasens gGmbH (MVZ gGmbH)

zu 6.2.1 Feststellung des Jahresabschlusses 2019

Der Vorsitzende bezieht sich auf die allen Ratsmitgliedern mit der Ladung übersandte Beschlussvorlage der Städtischen Krankenhaus Pirmasens gGmbH vom 10.09.2020

Der Stadtrat beschließt einstimmig:

Der Vertreter der Stadt in der Gesellschafterversammlung des Medizinischen Versorgungszentrum Städtisches Krankenhaus Pirmasens gGmbH (MVZ gGmbH) erhält Weisung, wie folgt zu votieren.

Der Jahresabschluss 2019 des Medizinischen Versorgungszentrum Städtisches Krankenhaus Pirmasens gGmbH (MVZ gGmbH) wird genehmigt. Der Jahresüberschuss in Höhe von € 15.198 ist auf neue Rechnung vorzutragen.

zu 6.2.2 Entlastung der Geschäftsführung für das Geschäftsjahr 2019

Der Vorsitzende bezieht sich auf die allen Ratsmitgliedern mit der Ladung übersandte Beschlussvorlage der Städtisches Krankenhaus Pirmasens gGmbH vom 10.09.2020.

Der Stadtrat beschließt einstimmig:

Der Vertreter der Stadt in der Gesellschafterversammlung des Medizinischen Versorgungszentrum Städtisches Krankenhaus Pirmasens gGmbH (MVZ gGmbH) erhält Weisung, wie folgt zu votieren.

Der Geschäftsführung des Medizinischen Versorgungszentrum Städtisches Krankenhaus Pirmasens gGmbH (MVZ gGmbH) wird Entlastung für das Geschäftsjahr 2019 erteilt.

zu 6.3 Entlastung der Aufsichtsräte für das Geschäftsjahr 2019

Oberbürgermeister Markus Zwick übergibt den Vorsitz an das älteste anwesende Ratsmitglied Weiß und nimmt mit Bürgermeister Maas sowie den Aufsichtsratsmitgliedern und Stellvertretern gemäß § 22 GemO an der Beratung und Beschlussfassung bei den Entlastungen der Aufsichtsräte nicht teil.

zu 6.3.1 Städtisches Krankenhaus Pirmasens gGmbH

Der Vorsitzende Weiß bezieht sich auf die allen Ratsmitgliedern mit der Ladung übersandte Beschlussvorlage der Städtisches Krankenhaus Pirmasens gGmbH vom 10.09.2020.

Der Stadtrat beschließt einstimmig:

Der Vertreter der Stadt in der Gesellschafterversammlung der Städtische Krankenhaus Pirmasens gGmbH erhält Weisung, wie folgt zu votieren.

Dem Aufsichtsrat der Städtisches Krankenhaus Pirmasens gGmbH wird Entlastung für das Geschäftsjahr 2019 erteilt.

zu 6.3.2 Medizinisches Versorgungszentrum Städtisches Krankenhaus Pirmasens gGmbH (MVZ gGmbH)

Der Vorsitzende Weiß bezieht sich auf die allen Ratsmitgliedern mit der Ladung übersandte Beschlussvorlage der Städtisches Krankenhaus Pirmasens gGmbH vom 10.09.2020.

Der Stadtrat beschließt einstimmig:

Der Vertreter der Stadt in der Gesellschafterversammlung des Medizinischen Versorgungszentrum Städtisches Krankenhaus Pirmasens gGmbH (MVZ gGmbH) erhält Weisung, wie folgt zu votieren.

Dem Aufsichtsrat des Medizinischen Versorgungszentrum Städtisches Krankenhaus Pirmasens gGmbH (MVZ gGmbH) wird Entlastung für das Geschäftsjahr 2019 erteilt.

Oberbürgermeister Zwick, Bürgermeister Maas und Beigeordneter Clauer sowie die Aufsichtsratsmitglieder und deren Stellvertreter haben gemäß §22 GemO an Beratung und Entscheidung über die Entlastung der Aufsichtsräte nicht teilgenommen.

Oberbürgermeister Markus Zwick übernimmt wieder den Vorsitz.

zu 6.4 "Der Rheinberger" Besitzgesellschaft mbH & Co. KG

zu 6.4.1 Feststellung des Jahresabschlusses 2019 Vorlage: 1047/Dez III/2020

Der Vorsitzende bezieht sich auf die allen Ratsmitgliedern mit der Ladung übersandte Beschlussvorlage von Dezernat III vom 03.09.2020.

Er erklärt, das Caritas Zentrum sowie Allgeier ES seien nun als Mieter im Rheinberger Gebäude, dies sei eine positive Entwicklung.

Der Stadtrat beschließt einstimmig:

Der Gesellschafterversammlung wird empfohlen, den Jahresabschluss 2019 mit einem Jahresfehlbetrag von 37.330,43 € der „Der Rheinberger“ Besitzgesellschaft mbH & Co.KG festzustellen und zu beschließen, dass das Ergebnis auf neue Rechnung vorgetragen wird.

zu 6.4.2 Änderung des Gesellschaftsvertrages Vorlage: 1053/Dez III/2020

Der Vorsitzende bezieht sich auf die allen Ratsmitgliedern mit der Ladung übersandte Beschlussvorlage von Dezernat III vom 03.09.2020.

Der Stadtrat beschließt einstimmig:

Der Vertreter der Stadt in der Gesellschafterversammlung der „Der Rheinberger“ Besitzgesellschaft mbH & Co. KG erhält Weisung wie folgt zu votieren:

Der vorliegenden Änderung des Gesellschaftsvertrages wird zugestimmt.

zu 6.5 "Der Rheinberger" Verwaltungs GmbH

zu 6.5.1 Feststellung des Jahresabschlusses 2019 Vorlage: 1049/Dez III/2020

Der Vorsitzende bezieht auf die allen Ratsmitgliedern mit der Ladung übersandte Beschlussvorlage von Dezernat III vom 04.09.2020.

Der Stadtrat beschließt einstimmig:

Der Gesellschafterversammlung wird vorgeschlagen, den Jahresabschluss 2019 mit einem Überschuss von 3.067,46 € der „Der Rheinberger“ Verwaltungs GmbH festzustellen sowie das Ergebnis auf neue Rechnung vorzutragen.

zu 6.6 Entlastung der Geschäftsführer und des Aufsichtsrats für das Geschäftsjahr 2019

Oberbürgermeister Markus Zwick übergibt den Vorsitz an Bürgermeister Maas. Oberbürgermeister Zwick sowie die Aufsichtsratsmitglieder und Stellvertreter haben gemäß § 22 GemO an der Beratung und Beschlussfassung bei den Entlastungen der Aufsichtsräte nicht teilgenommen.

zu 6.6.1 Der "Rheinberger" Besitzgesellschaft mbH & Co. KG Vorlage: 1048/Dez III/2020

Der Vorsitzende Maas bezieht sich auf die allen Ratsmitgliedern mit der Ladung übersandte Beschlussvorlage von Dezernat III vom 03.09.2020.

Der Stadtrat beschließt einstimmig:

Der Gesellschafterversammlung wird empfohlen, den Geschäftsführern und dem Aufsichtsrat der "Der Rheinberger" Besitzgesellschaft mbH & Co.KG für das Geschäftsjahr 2019 Entlastung zu erteilen.

zu 6.6.2 Der "Rheinberger" Verwaltungs GmbH Vorlage: 1050/Dez III/2020

Der Vorsitzende Maas bezieht sich auf die allen Ratsmitgliedern mit der Ladung übersandte Beschlussvorlage von Dezernat III vom 04.09.2020.

Der Stadtrat beschließt einstimmig:

Der Gesellschafterversammlung wird vorgeschlagen, der Geschäftsführung und dem Aufsichtsrat der „Der Rheinberger“ Verwaltungs GmbH für das Jahr 2019 Entlastung zu erteilen.

Oberbürgermeister Zwick sowie die Aufsichtsratsmitglieder und deren Stellvertreter haben gemäß §22 GemO an Beratung und Entscheidung über die Entlastung der Aufsichtsräte nicht teilgenommen.

Oberbürgermeister Markus Zwick übernimmt wieder den Vorsitz.

zu 6.7 Stadtwerke Pirmasens

zu 6.7.1 Bestellung der Abschlussprüfer für die Jahresabschlüsse der Holding GmbH, Versorgungs GmbH, Verkehrs GmbH, Pirmasenser Luft- und Badepark (PLUB) GmbH, Bio-Energie Pirmasens GmbH und Erneuerbare Energien Pirmasens GmbH

Der Vorsitzende bezieht sich auf die allen Ratsmitgliedern mit der Ladung übersandte Beschlussvorlage der Stadtwerke Pirmasens vom 17.09.2020.

Der Stadtrat beschließt einstimmig:

An die Vertreter in den jeweiligen Gesellschafterversammlungen der einzelnen Unternehmen ergeht die Weisung, wie folgt zu beschließen:

Die Vertreter in den Gesellschafterversammlungen aller Unternehmen mögen die PricewaterhouseCoopers GmbH, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, zum Abschlussprüfer für das Geschäftsjahr 2020 wählen.

zu 7 Neuaufnahme eines Kommunaldarlehens für den Sonderhaushalt Abwasserbeseitigung Vorlage: 1058/II/20.2/2020

Der Vorsitzende bezieht sich auf die allen Ratsmitgliedern mit der Ladung übersandte Beschlussvorlage der Finanzen vom 17.09.2020.

Bürgermeister Maas führt auf, das Darlehen betrage maximal 3,5 Mio. € und habe eine Laufzeit und Zinsbindung bis zu 30 Jahren. Die Kreditaufnahme im Wirtschaftsjahr 2019 betrage 7.522.000,00 €.

Der Stadtrat beschließt einstimmig:

Die Verwaltung wird beauftragt, für den Sonderhaushalt Abwasserbeseitigung ein Darlehen von max. 3.500.000,00 EUR aufzunehmen.

Die Laufzeit und die Zinsbindung sollen bis zu 30 Jahren betragen.

zu 8 Auftragsvergabe

zu 8.1 Tiefbauliche Arbeiten zur Erneuerung der Straßenbeleuchtung in der Großgasse Vorlage: 1059/II/66.2/2020

Der Vorsitzende bezieht sich auf die allen Ratsmitgliedern mit der Ladung übersandte Beschlussvorlage des Tiefbauamtes vom 24.09.2020.

Bürgermeister Maas zeigt auf, 2 Bieter hätten ein Angebot abgegeben, jedoch musste ein Bieter ausgeschlossen werden. Der Auftrag solle an die Firma Kramer Straßenbau Tiefbau zu einem Angebot von 125.022,71€ vergeben werden. Mit diesem Angebot sei der Kostenvoranschlag aus der Hauptausschusssitzung vom 24.08.2020 in Höhe von 200.000,00 € um ca. 75.000 € unterschritten worden.

Der Stadtrat beschließt einstimmig:

Der Auftrag für die Durchführung der tiefbaulichen Arbeiten zur Erneuerung der Straßenbeleuchtung in der Großgasse, wird der Firma Kramer Straßenbau Tiefbau; Gladbeck, mit einer Auftragssumme in Höhe von

Brutto 125.022,71 € Euro

erteilt.

Die Auftragsvergabe erfolgt ausdrücklich nur bei Vorlage der von der Zentrale Vergabestelle angeforderten Eignungsnachweise durch die Firma Kramer und der abschließenden fachtechnischen Prüfung durch das Tiefbauamt.

Mittel stehen auf der Kostenstelle 5416030009 zur Verfügung

zu 9 Anträge der Fraktionen

zu 9.1 Antrag der CDU-Stadtratsfraktion vom 23.09.2020 bzgl. "Resolution des Rates der Stadt Pirmasens - Verkaufsoffene Sonntage"

Ratsmitglied Weiß stellt den Antrag gemäß dem Antragstext vor (siehe Anlage 4 zur Niederschrift).

Der Vorsitzende erklärt, der Stadtvorstand habe sich im Vorfeld mit diesem Antrag befasst. Der Stadtvorstand stünde hinter dem Antrag, da die Unternehmer unterstützt werden müssen. Die verkaufsoffenen Sonntage sollten nicht weiter ausgedehnt werden, sondern man solle sich auf diese vier Tage beschränken. Die Inhaber der Geschäfte litten stark, jedoch seien die Sonn- und Feiertage rechtlich geschützt.

Er schlägt vor, den Infektionsschutz als Argument mit einfließen zu lassen. Der Vorsitzende stellt fest, der Stadtvorstand würde die Resolution unterstützen.

Ratsmitglied Eschrich teilt mit, die verkaufsoffenen Sonntage seien mit den Festen verbunden. Absurd sei es, keine Feste stattfinden zu lassen, die Fußgängerzone dann aber aufgrund der verkaufsoffenen Sonntage zu füllen.

Der Vorsitzende erwidert, auch in anderen Bundesländer, wie zum Beispiel dem Saarland, sei es möglich verkaufsoffene Sonntage stattfinden zu lassen, deshalb sollte dies in Pirmasens auch unterstützt werden. Die Kaufkraft finde sonst woanders statt.

Ratsmitglied Tilly zeigt auf, er verstehe, dass die verkaufsoffenen Sonntage von den Unternehmen gefordert würden. Allerdings seien diese nicht sinnvoll, aus Sicht von Gewerkschaften und Arbeitnehmern.

Ratsmitglied Weber teilt mit, der Antrag müsse unterstützt werden um den Unternehmen zu helfen.

Ratsmitglied Stegner fügt hinzu, da keine Feste stattfinden, können die verkaufsoffenen Sonntage ebenfalls nicht stattfinden, jedoch dürfe der Einzelhandel nicht aussterben.

Ratsmitglied Hussong schlägt vor, anstatt der verkaufsoffenen Sonntage sollten eher Late-Night-Shopping oder verlängerte Öffnungszeiten ermöglicht werden.

Der Vorsitzende erwidert, man stehe in Kontakt mit dem Einzelhandel und die Stadtratsfraktion-CDU habe durch ihren Antrag die Hilferufe von den Einzelhändlern aufgenommen. Diese seien froh über verkaufsoffene Sonntage.

Ratsmitglied Weiß erklärt, die verkaufsoffenen Sonntage in Hauenstein und im Outlet-Center Zweibrücken würden nicht nur von deren Bürgerinnen und Bürgern genutzt, sondern auch von außerhalb. Mit dem Heimatshoppen habe man ein Late-Night-Shopping organisiert, dieses wurde allerdings nicht angenommen.

Bei verkaufsoffenen Sonntagen würden die Beschäftigten im Einzelhandel zusätzlich bezahlt.

Ratsmitglied Dr. Matheis fügt hinzu, bei einem Late-Night-Shopping oder verlängerten Öffnungszeiten müssten die Mitarbeiter ebenfalls länger arbeiten, da diese die Geschäfte länger geöffnet seien.

Der Stadtrat beschließt bei 13 Gegenstimmen, mehrheitlich die Resolution "Verkaufsoffenen Sonntage" (siehe Anlage 5 zur Niederschrift)

zu 9.2 Antrag der SPD-Stadtratsfraktion vom 26.09.2020 bzgl. "Strom vom Dach - flächendeckende Solaranlagen auf öffentlichen Gebäuden"

Ratsmitglied Tilly stellt den Antrag gemäß dem Antragstext vor (siehe Anlage 6 zur Niederschrift).

Bürgermeister Maas stellt anhand einer Beamerpräsentation (siehe Anlage 7 zur Niederschrift) die Klima-, Umwelt- und Ressourcenschutzmaßnahmen der Stadt Pirmasens vor.

Der Vorsitzende teilt mit, der Antrag bestätige die Entwicklung der Stadt Pirmasens. Allerdings sei durch den Antrag nicht erkenntlich, was noch nicht bereits von der Stadt erledigt würde.

Ratsmitglied Tilly schlägt vor, detaillierte Zahlen im Hauptausschuss vorzustellen und bittet, bei Sanierungen von Gebäuden und Dächern an diese Maßnahmen zu denken. Somit sei der Antrag abgeschlossen.

zu 9.3 Antrag der SPD-Stadtratsfraktion vom 26.09.2020 bzgl. "Neuffervilla wieder nutzen"

Ratsmitglied Hussong stellt den Antrag gemäß dem Antragstext vor (siehe Anlage 8 zur Niederschrift)

Der Vorsitzende teilt mit, der Stadtvorstand strebe eine Instandsetzung und einen Erhalt der Villa im Neufferpark ausdrücklich an. Die Villa sei für Entwickler und Investoren im Rahmen eines Bieterverfahrens angeboten worden. Bereits vor Beginn seien Anfragen von potenziellen Investoren erfolgt. Nun würden hierzu Gespräche geführt. Sollten diese allerdings nicht zielführend sein würde das Bieterverfahren zeitnah durchgeführt.

Bezüglich des Denkmalschutzes stehe die Stadt in Verbindung mit Herrn Dr. Martin Bredenbeck. Dieser möchte die Stadt beim Erhalt des Gebäudes unterstützen und fachlich beraten. Herr Dr. Bredenbeck sei seitens der Stadt für einen Termin vor Ort eingeladen worden.

Allerding sei festzuhalten, dass die Investitionskosten enorm seien. Auch die Unterhaltskosten seien nicht zu vernachlässigen.

Ein Invest durch die Stadt sei nicht möglich, da dies eine freiwillige Leistung darstelle, die nicht unabweisbar sei. Somit würde keine Genehmigung durch die ADD erfolgen.

Grundsätzlich gelte, der Erhalt von denkmalgeschützten Häusern sei nur möglich, wenn die Instandhaltung und der Betrieb sich tragen würden.

Zweifel seitens eines dauerhaften Künstlerhauses bestünden zusätzlich, da unwahrscheinlich sei, dass die Kosten von Dritter Seite übernommen würden. Eine Übernahme durch die Stadt und die SEP seien nicht vertretbar.

Er weist darauf hin, dass bereits jetzt freiwillige Leistungen der Stadt durch die ADD gestrichen worden seien. Wenn solch ein Projekt durchgeführt würde, müsse an anderer Stelle, wie zum Beispiel bei Festen, gespart werden.

Er schlägt vor, die Gespräche mit Investoren weiter zu führen. Wenn diese nicht zu einer Lösung führe, soll das Bieterverfahren veranlasst werden.

Ratsmitglied Hussong bittet um eine zeitliche Begrenzung, um dieses Thema nochmals im Hauptausschuss zu diskutieren. Er fügt hinzu, aufgrund des Leerstandes habe das Gebäude gelitten. Wenn nichts unternommen werde, müsse das Gebäude abgerissen werden.

Der Vorsitzende zeigt auf, der Erhalt des Gebäudes sei der Stadt wichtig. Ein Zwischenbericht werde im Februar bzw. März erfolgen, da der Investor noch nicht bekannt werden möchte. Der Termin mit Herrn Dr. Bredenbeck werde im November stattfinden.

Ratsmitglied Hussong fragt an, ob die Fraktionsvorsitzenden am Ortstermin mit Herrn Dr. Bredenbeck teilnehmen können.

Bürgermeister Maas teilt mit, zu diesem Termin können die Fraktionsvorsitzenden eingeladen werden.

Der Vorsitzende stellt abschließend fest, mit der Zusage des Zwischenberichts im Februar bzw. März sei der Antrag abgeschlossen.

zu 9.4 Antrag der Stadtratsfraktion Bündnis90 / Die Grünen vom 26.09.2020 bzgl. "Verbesserung der Sicherheit auf Radwegen in Pirmasens"

Ratsmitglied Vogel stellt den Antrag gemäß dem Antragstext vor (siehe Anlage 9 zur Niederschrift).

Der Vorsitzende erklärt viele Ideen seien gut, da eine Liste mit kleinen Maßnahmen, die die Verkehrssicherheit verbessern, mitgeschickt worden sei.

Bürgermeister Maas erklärt, viele einzelne Punkte könnten schnell umgesetzt werden, müssten allerdings zuvor geprüft werden.

Der Vorsitzende schlägt vor schnell umsetzbare Punkte könnten im Hauptausschuss unter Beteiligung des Verkehrsausschusses vorgestellt werden.

Der Stadtrat beschließt einstimmig den Antrag in den Hauptausschuss zu verweisen.

zu 10 Beantwortung von Anfragen, Informationen, Anfragen der Ratsmitglieder

zu 10.1 Beantwortung von Anfragen

zu 10.1.1 Anfrage von Ratsmitglied Tilly vom 27.04.2020 bzgl. "Anleitung für Mandatos zum Drucken und Speichern"

Der Vorsitzende teilt mit, die Beantwortung der Anfrage werde schriftlich erfolgen und im Nachgang zur Sitzung in Session hochgeladen.

zu 10.1.2 Anfrage von Ratsmitglied Semmet vom 25.05.2020 bzgl. "Werbeschild für die Stadt Pirmasens an der B10"

Der Vorsitzende teilt mit, ein neues Werbebanner sei am 04.09.2020 montiert worden. Das Freischneiden sei dann am 01.10.2020 erledigt worden.

zu 10.1.3 Anfrage der Stadtratsfraktion AfD vom 15.08.2020 bzgl. "Moscheen in Pirmasens"

Der Vorsitzende teilt mit, die Beantwortung der Anfrage werde schriftlich erfolgen und im Nachgang zur Sitzung in Session hochgeladen.

zu 10.2 Informationen

zu 10.2.1 Entwurf des Sitzungsplans für den Stadtrat und den Hauptausschuss für das Jahr 2021

Der Vorsitzende teilt mit, die Abfrage und Zustimmung der Fraktionsvorsitzenden bezüglich des Sitzungsplans für den Stadtrat und den Hauptausschuss für das Jahr 2021 sei per Email am 24.09.2020 erfolgt.

zu 10.2.2 Information Sachstand Untreuefall bei der Stadtverwaltung

Der Vorsitzende zeigt auf, zuvor angekündigt die Entlassung aus dem Dienst sei nunmehr beantragt worden. Die Entlassungsverfügung sei zugestellt. Nach einer Frist von zwei Wochen sei die Verfügung bestandskräftig. Ein Bericht über den Abschluss würde in der nächsten Stadtratssitzung erfolgen.

zu 10.2.3 Information über getroffene Eilentscheidungen

Der Vorsitzende erklärt, eine Personalangelegenheit sei im Wege der Eilentscheidung getroffen worden. Weitere Informationen würden im nichtöffentlichen Teil erfolgen.

zu 10.3 Anfragen der Ratsmitglieder

zu 10.3.1 Anfrage der AfD-Stadtratsfraktion vom 25.09.2020 bzgl. "Mögliche Finanzierung der Müllverbrennungsanlage"

Ratsmitglied Weber stellt die Anfrage vor: "Der Verkauf der Müllverbrennungsanlage wäre für Pirmasens mit erheblichen Nachteilen verbunden.

Auch für die übrigen ZAS Mitglieder wird sich ein Verkauf an einen privaten Betreiber in der Zukunft als Nachteil erweisen. Spätestens wenn der chinesische Investor eine marktbeherrschende Stellung erreicht hat und damit die Verbrennungsgebühren frei gestalten kann. Dass dies das angestrebte Ziel ist kann, man schon daran erkennen, dass dieser bereits im Besitz von 17 Anlagen und den entsprechenden Lizenzen ist, weitere Lizenzen aber nicht mehr vergeben werden.

Es ist offensichtlich, dass außer Pirmasens, alle übrigen ZAS-Mitglieder den Verkauf wollen, da sie nur die kurzfristige Entlastung ihrer Haushalte sehen. Die Landesregierung hat vermutlich aus dem gleichen Grund empfohlen, die Anlage zu verkaufen.

Im Interesse der Gebührenzahler sollte die Stadt Pirmasens nichts unversucht lassen, weiterhin Einfluss auf Betrieb und Gebühren nehmen zu können.

Die Stadt bzw. die Stadtwerke werden eine Übernahme der Anlage finanziell nicht realisieren können. Die Finanzierung könnte aber über eine neu zu gründende Gesellschaft durch Crowdfunding realisiert werden. Informationen dazu findet man zB: <https://www.vr.de/privatkunden/was-wir-anders-machen/engagement/crowdfunding.html>

Wir sind der festen Überzeugung dass sowohl Pirmasenser Unternehmer und Privatpersonen bereit wären, in eine zukunftsfähige Anlage Geld zu investieren. Zumal sie hierdurch in mehrfacher Hinsicht profitieren.

Einfluss auf Betrieb und Gebühren.

Wertbeständige Investition

Rendite für das investierte Kapital.

Einfluß auf Umweltfaktoren

Von 1300 Banken und Sparkassen erheben heute bereits 260 Strafzinsen (Verwahrungsgeld ca. 0,5 %) auf das einliegende Kapital zuzüglich 5 € Kontoführungsgebühr bei ca. 2 % Inflation.

So bleiben von 10.000 € nach einem Jahr 9.696 € Nach 10 Jahren ist das Kapital dann auf 7.753 € geschwunden. Umgekehrt ist auch eine Beteiligung mit Fremdkapital für den einzelnen interessant, da die Zinsen an einem historischen Tiefststand notieren.

Wie letztlich eine solche Gesellschaft aufgebaut sein kann, welche Mindestbeteiligungen und welche Kompetenzen den einzelnen Gesellschaftern eingeräumt werden sei dabei zu klären. Wichtig wäre, dass die Verwaltung in einem ersten Schritt namhafte Firmen aus Pirmasens kontaktiert und das Projekt vorstellt.

Diesbezüglich stellt die AfD im Stadtrat Pirmasens die Anfrage, ob ein solches Modell möglich wäre."

Der Vorsitzende erklärt, solch eine mögliche Finanzierung der Müllverbrennungsanlage sei durch eine ÖPP möglich, jedoch befinde sich die Müllverbrennungsanlage in einem Zweckverband. Dieser Zweckverband bestehe aus sechs Kommunen.

Pirmasens möchte die Müllverbrennungsanlage nicht verkaufen, jedoch sehen dies die anderen Mitglieder anders.

Die Prognose sei, dass im Dezember mehrheitlich für den Verkauf gestimmt werde und dann habe der Stadtrat keinen direkten Einfluss mehr.

Der Vorsitzende fragt an, ob hiermit die Anfrage beantwortet sei.

Ratsmitglied Weber bejaht dies.

zu 10.3.2 Anfrage Stadtratsfraktion DIE LINKE/PARTEI vom 30.09.2020 bzgl. "Emissionsbelastung und erhöhte Geschwindigkeiten in Gersbach"

Ratsmitglied Eschrich stellt die Anfrage vor:

"1. Hat die Stadtverwaltung durch rechtsverbindliche Messungen Daten zu Geschwindigkeitsüberschreitungen und Emissionsbelastungen erhoben und falls ja, können diese vorgelegt und ausgewertet werden?

2. Falls Messungen durchgeführt wurden, welcher Art waren diese Messungen, welche Normen lagen zu Grunde und welche Aussagekraft kann den Messungen zugeordnet werden?

3. Falls keine Messungen vorgenommen wurden, würden wir gerne wissen, aus welchen Gründen, bei seit Jahren bekannter Problemlage, dies unterlassen wurde?

4. Werden Beschwerden von Bürgerinnen und Bürgern zur geschilderten Problematik systematisch erfasst und ausgewertet? Falls ja: Welche Schlussfolgerungen können daraus gezogen werden?
5. Gibt es eine Risiko- und Gefahrenanalyse zum landwirtschaftlichen Anlieferverkehr für den Energiepark Winzeln?
6. Kam es in den letzten 5 Jahren zu Verkehrsunfällen auf Grund überhöhter Geschwindigkeit auf der Rotmühlstraße? Falls ja, bitte Anzahl, Schäden, Personenschäden etc. angeben und in Beziehung zu Durchschnittswerten vergleichbarer Straßenzüge setzen.
7. Kam es in den letzten 5 Jahren zu Verkehrsunfällen auf Grund des landwirtschaftlichen Anlieferverkehrs? Falls ja, bitte Anzahl, Schäden, Personenschäden etc. angeben
8. Welche Kontrollen in Bezug auf den landwirtschaftlichen Anlieferverkehr werden von der Verkehrsbehörde oder anderen in Frage kommenden Behörden vorgenommen?
9. Wurden Gefahrenpotenziale auf Grund fehlender Fußgänger- und Fahrradwege untersucht und falls ja, welche Erkenntnisse lassen sich daraus ableiten?
10. Falls nein: Mit welcher Begründung wurden entsprechende Untersuchungen bisher nicht angestellt?
11. Kam es in den letzten 5 Jahren zu Verkehrsunfällen, von denen Fußgänger bzw. Radfahrer betroffen waren? Falls ja, bitte Anzahl, Schäden, Personenschäden etc. angeben und in Beziehung zu Straßenzügen setzen, die über Fußgängerwege und/oder Fahrradwege verfügen
12. Sieht die Stadtverwaltung auf Grund der bekannten Problemlage einen baulichen, verkehrstechnischen oder ordnungsrechtlichen Handlungsbedarf für Emissionsschutz, Fußgänger- und Radfahrerschutz, Gefahrenminderung oder Park- und Entlademöglichkeiten und falls ja, welche Maßnahmen sind konkret geplant?
13. Erkennt die Stadtverwaltung eine unterschiedliche Behandlung von Bürgerinnen und Bürgern, die sich für ihre Interessen in Bezug Verkehrsberuhigung, Lärmschutz und Gefahrenminderung zu Bürgerinitiativen öffentlichkeitswirksam zusammenschließen und Bürgern, die dies nicht tun?

Der Vorsitzende schlägt für die Zukunft vor, falls Anfragen vor der Sitzung eingereicht wurden, werden diese zukünftig mit der Einladung in Session hochgeladen. Des Weiteren werde die Beantwortung aufgrund ihrer Größe schriftlich erfolgen.

zu 10.3.3 Öffnungszeiten PLUB

Ratsmitglied Sheriff fragt an, ob sich die Öffnungszeiten PLUB wieder verändern würden, da dieses unter der Woche lediglich bis 18 Uhr geöffnet habe. Unter der Woche arbeiteten viele Bürgerinnen und Bürger bis 18 Uhr, sodass diese keine Möglichkeit haben, noch schwimmen zu gehen.

Bürgermeister Maas schlägt vor, diese Anfrage in den Aufsichtsrat zu verweisen.

zu 10.3.4 Kreuzungsbereich Bottenbacher Straße

Ratsmitglied Tilly teilt mit, die Verkehrsschau habe bei den Bürgerinnen und Bürgern in Winzeln zu Unmut geführt. Daher bitte er, den Kreuzungsbereich in der Bottenbacher Straße nochmals zu einer anderen Zeit, eventuell bei Schulbeginn und Schulende, zu begutachten.

Bürgermeister Maas schlägt vor, Rücksprache mit dem Beigeordneten Clauer und der Straßenverkehrsbehörde zu halten. Er sagt eine Prüfung zu.

zu 10.3.5 Förderprogramm Stadtdörfer

Ratsmitglied Tilly fragt an, ob beabsichtigt sei, sich bezüglich des Förderprogramms „Stadtdörfer“ zu bewerben. Falls ja, bittet er um Mitteilung, welche Vororte in Betracht gezogen würden.

Bürgermeister Maas teilt mit, es sei beabsichtigt sich zu bewerben. Bis jetzt habe sich lediglich der Ortsvorsteher aus Fehrbach diesbezüglich an die Verwaltung gewendet.

zu 10.3.6 Sachstand Klettern in der Schäferstraße

Ratsmitglied Tilly fragt an, ob es zum Antrag der Stadtratsfraktion SPD vom 22.11.2019 bzgl. „Klettern in der Schäferstraße“ einen aktuellen Sachstand gebe.

Der Vorsitzende erklärt, ein Bericht würde in einer der nächsten Hauptausschusssitzungen erfolgen.

zu 10.3.7 Sachstand Skaterpark

Ratsmitglied Zipf fragt an, ob es bezüglich des Skaterparks Neuigkeiten gebe.

Der Vorsitzende verneint dies.

zu 10.3.8 Fehlender Parkraum am Krankenhaus Pirmasens

Ratsmitglied Weiß erklärt, das Krankenhaus Pirmasens habe sich positiv entwickelt. Ein Beispiel sei die Eröffnung des Strahlencentrums, jedoch fehle am Krankenhaus Parkraum. Gegebenenfalls könnte der Parkplatz in Richtung des Eisweihers erweitert werden oder Teile des Mitarbeiterparkplatzes für Besucher zur Verfügung gestellt werden, um neuen Parkraum zu schaffen.

Der Vorsitzende teilt mit, über weiteren Parkraum müsste ohnehin nachgedacht wegen, aufgrund des Wegfalls des Krankenhauses Rodalben. Er sagt eine Prüfung zu.

Nachdem keine weiteren Anfragen vorliegen, schließt der Vorsitzende die Sitzung um 18.00 Uhr.

Pirmasens, den 13. Januar 2021

gez. Markus Zwick
Vorsitzender

gez. Erich Weiß
Vorsitzender bei TOP 6.3

gez. Michael Maas
Vorsitzender bei TOP 6.6

gez. Anne Vieth
Protokollführung